

«Schlupflöcher müssen gestopft werden»

Die Kontroverse um die Personenfreizügigkeit ist gross. **Serge Gaillard**, Leiter der Direktion für Arbeit beim Seco und in die Umsetzung der flankierenden Massnahmen involviert, nimmt Stellung.

LUKAS RAU

Herr Gaillard, welche Bilanz kann man zur Personenfreizügigkeit und den flankierenden Massnahmen ziehen?

Serge Gaillard: Es ist uns dank Gesamtarbeitsverträgen und dank den flankierenden Massnahmen gelungen, die Personenfreizügigkeit einzuführen, ohne dass es zu sozialpolitisch problematischen Entwicklungen bei tiefen und mittleren Löhnen gekommen ist. Während der letzten Jahre haben die tiefen Löhne Schritt gehalten mit den Durchschnittslöhnen, obwohl mit der Personenfreizügigkeit die Rekrutierungsmöglichkeiten der Unternehmen massiv vergrössert worden sind.

Wird trotzdem über zusätzliche Massnahmen nachgedacht?

Die Arbeitsbedingungen werden heute intensiv kontrolliert. Aber gewisse Schlaumeier haben erkannt, dass sie sich als selbstständig Erwerbende deklarieren können, um Mindestlöhne nicht einhalten zu müssen. Deshalb muss dieses Schlupfloch im Entsendegesetz gestopft werden. Mit dem revidierten Gesetz werden sich Selbstständige als solche ausweisen müssen.

Vorletztes Wochenende wurde die Initiative zum Zweitwohnungsbau angenommen. Hat das einen Zusammenhang mit der Angst vor Einwanderung und Bevölkerungswachstum, ist das auch ein Stoppruf?

Es ist möglich, dass die Personenfreizügigkeit eine Rolle gespielt hat. Die Personenfreizügigkeit hat der Schweizer Wirtschaft



«Schweizer Jugendliche werden sehr gut ausgebildet». Konkurrenz aus dem Ausland brauchen sich nicht zu fürchten, so Serge Gaillard. Bild: ky

erlaubt, stark zu wachsen, die Beschäftigung ist gestiegen. Wir haben die Finanzkrise relativ gut überstanden. Kehrseite dieses Wachstums war ein starkes Bevölkerungswachstum, das offenbar vielen Bürgern zu weit geht.

Momentan werden für zwei Initiativen, welche die Zuwanderung beschränken möchten noch Unterschriften gesammelt, eine weitere wurde bereits im Februar eingereicht. Wie wollen Sie der Bevölkerung die Angst vor der Personenfreizügigkeit nehmen?

Erstens: Ganz wichtig ist, dass die Personenfreizügigkeit nicht zu Lohnsenkungen führt. Deshalb braucht es in gefährdeten

Branchen Gesamtarbeitsverträge mit Mindestlöhnen. Zweitens darf wegen der Personenfreizügigkeit nicht die Arbeitslosigkeit steigen. Das gelingt uns, wenn die

Serge Gaillard

Der 57-Jährige leitet seit Februar 2007 die Direktion für Arbeit im **Staatssekretariat** für Wirtschaft (SECO). 1998 bis 2006 war er **Bankrat** der Schweizerischen Nationalbank, 2001 bis 2006 Mitglied der Wettbewerbskommission. 1998 bis 2006 leitete er auch das Zentralsekretariat des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. (rau)

Schweizer Unternehmen weiterhin in der Schweiz rekrutieren, bevor sie Leute aus dem Ausland einstellen. Drittens, dass Schweizer Jugendliche sehr gut ausgebildet werden, damit sie die Konkurrenz aus dem Ausland nicht zu fürchten haben.

SVP-Exponenten machen gegen die Personenfreizügigkeit Stimmung, obwohl sie davon profitieren oder profitiert haben. Aus politischen Gründen wird etwas aufs Spiel gesetzt, was einem eigentlich nützt. Was denken Sie darüber?

Es ist gut, dass umstrittene politische Fragen in der Schweiz offen diskutiert werden. Wir hatten eine starke Einwanderung, darüber darf debattiert werden. Ich

bin zuversichtlich, dass die Bevölkerung am Schluss immer wieder gute Entscheidungen trifft für die Schweiz.

Die wirtschaftliche Grosswetterlage ist instabil. Das führt zu Unsicherheiten am Arbeitsplatz. Nervt es Sie, dass die Personenfreizügigkeit und die Ausländer als Sündenböcke hinhalten müssen?

Vier Wirtschaftszweige sind unter enormem Druck. Die Industrie, mit Ausnahme der Uhren. Der Tourismus, der Detailhandel wegen dem grenzüberschreitenden Einkauf und die Banken. Dies hat unter anderem mit dem stark überbewerteten Franken zu tun. Allfällige Arbeitsplatzprobleme in diesen Branchen sind aber nicht

auf die Personenfreizügigkeit zurückzuführen.

Greift im Bereich der Zuwanderung und des Bevölkerungswachstums eine Diskussion über wirtschaftliche Folgen nicht zu kurz?

Sicher. Starke Wachstumsperioden mit einer starken Einwanderung verändern die Gesellschaft. Es wird dichter, es kommen Personen aus leicht anderen Kulturen zu uns. Erfahrungsgemäss gelingt aber das Zusammenleben nach einiger Zeit in der Schweiz sehr gut.

Macht es eigentlich die momentane wirtschaftliche Instabilität und Unübersichtlichkeit schwieriger, die realen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf die Schweizer Wirtschaft und den Arbeitsmarkt auszuloten?

Mit Sicherheit kann gesagt werden, dass die Personenfreizügigkeit die Perspektive der Schweizerischen Wirtschaft, und damit auch der Bevölkerung, auf Wachstum und steigendes Einkommen verbessert hat. Mit Sicherheit können wir auch sagen, dass der Fachkräftemangel verringert worden ist. Aus demographischen Gründen ist aber auch in Zukunft Wachstum immer mit Einwanderung verbunden. Wer Wachstum will, muss deshalb auch bereit sein, in die entsprechende Infrastruktur und eine sichere Energieversorgung zu investieren.

Jedes Frühjahr wird die Notwendigkeit der berühmten Ventilklausel für die acht neuen EU-Mitgliedsländer neu bewertet. Wie sieht es dieses Jahr aus?

Die Ventilklausel erlaubt, unter gewissen Umständen wieder Kontingente einzuführen. Im Moment sieht es so aus, dass die Voraussetzungen für das Anrufen der Ventilklausel im Falle der EU-17 Länder nicht erfüllt sind. Die Einwanderung ist dafür nicht stark genug gestiegen. Gegenüber den neuen sogenannten EU-8 Ländern könnte sie hingegen angerufen werden. Der Bundesrat wird in den nächsten Wochen darüber entscheiden.